



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

OD/X/10 - 6. 6. 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

O S T - D I E N S T

Hinweise auf den Inhalt:

Ideologische Geistesverwirrung	Seite	1
Massenentlassungen und Versorgungsschwierigkeiten	Seite	3
Warum Honecker "in die Wüste" geschickt wurde	Seite	5
Reimanns Zonenbesucher als SED-Büttel	Seite	6

Veitstanz der SED

OD. Die Mitgliedschaft der SED, angefangen vom simplen Parteikandidaten mit Bewährung bis hinauf zur Ideologie-fabrik des Parteintheoretikers Fred GELSSNER, ist in Verwirrung geraten. Die Parteilinie, die auch bisher gewunden und verwickelt genug war, scheint nicht mehr zu bestehen. An allem schuldig aber sind Jugoslawiens Marschall TITO und der ruhmlose Untergang der Kommunistischen Partei Österreichs. Beide Ereignisse sieht man in Pankow in engem Zusammenhang.

In Österreich hat die Sowjetunion den Staatsvertrag unterschrieben und wird ihre Truppen abziehen. Die KPÖ, die bisher unter dem Schutz der Besatzungsmacht stand und operierte, bleibt ihrem Schicksal als nun völlig unbedeutende Splitterpartei überlassen. Die SED, die allein dadurch hellhörig werden mußte, daß man sie ohne jede Vorwarnung in Warschau aus der Ost-NATO ausschloß, fürchtet heute ein ähnliches Schicksal, wie es den österreichischen "Friedensfreunden" beschert wurde. Im ZK ist man nervös geworden, und mehr noch in der unteren Ebene der sich allmächtig wählenden Staatspartei. Offenes "Kapitulanten-tum" der Parteimitglieder konstatieren die Instrukteurberichte, viele Funktionäre machen sich nicht mehr für die Durchführung der Parteibefehle stark, sondern weichen in Diskussionen zurück und möchten sich ein liberales Mäntelchen umhängen, um bei der Arbeiterschaft in ein besseres Licht zu rücken.

SPD-Pressedienst
OD/X/10

6. 6. 1955

Nun ist aber zu der "österreichischen Krankheit" das Gift des Titoismus wieder wirksam geworden. Wie eine Bombe schlugen die Nachrichten ein, daß CHRUSCHTSCHEW und BULGANIN zu ihrem Canossengang nach Belgrad führen, um mit Tito auf der Basis der Gleichberechtigung zu verhandeln und faktisch das anzuerkennen, was seit 1948 als tödlichstes Verbrechen galt, eben den eigenen, den nationalen Weg. Besonders für die SED war dieser Schlag vernichtend, denn in keiner anderen Volksdemokratie hat man so lange auf der Kominform-Resolution bestanden, wie eben in der "DDR", deren Führer sich nicht genug in der Beschimpfung des "faschistischen Henkers Tito" hervortun konnten, um dadurch die Moskauer Gnadensonne auf sich zu ziehen. Genau wie der Krenl es nicht nötig hatte, das SED-ZK auf sein Warschauer Debakel vorzubereiten, wurde auch nichts vom Kurswechsel in der Jugoslawien-Politik Moskaus mitgeteilt, so daß Ulbricht über Nacht vor der Frage stand, einen totalen Kurswechsel in Propaganda und Agitation zu vollziehen.

Die Form, in der das geschah, zeigt die totale Geistesverwirrung des SED-ZK. Da man eigene Argumente nicht zur Verfügung hatte, mußte man anderswo eine Anleihe machen und verfiel auf den "Rheinischen Merkur". Dieses klerikal-reaktionäre Blatt hat es seit 1948 den Jugoslawen nicht verzeihen können, daß sie anstatt auf den Kurs der rheinischen Schwerindustrie einzuschwenken einen eigenen Weg zur Lösung ihrer nationalen und sozialen Probleme beschritten. Aus Ärger darüber hat der "Rheinische Merkur" die Entwicklung des neuen jugoslawischen Staates geleugnet und ignoriert, was mit der primitiven Behauptung geschah, es habe sich dort überhaupt nichts geändert, Jugoslawien sei eine "Volksdemokratie" im Sinne Moskaus und damit ein Teil des Ostblocks geblieben. Eine solche Haltung aber kam der SED gerade recht. Ihr Zentralorgan, das "Neue Deutschland", verstieg sich dazu, die Behauptungen des "Rheinischen Merkur" abzu drucken und damit zu beweisen, Tito sei "heim ins Reich" gekehrt.

Das Belgrader Organ "Politika" hätte diese SED-Infamien nicht als "unverschämte und provokatorische" zu bezeichnen brauchen, um auch dem gläubigsten SED-Mitglied klarwerden zu lassen, in welcher Sackgasse die ZK-Argumentation steckengeblieben ist. In den Instrukteurberichten, die das ZK aus den Bezirken erhält, stehen für Ulbricht und Konsorten schlimme Neuigkeiten. Die SED-Mitglieder beginnen Vergleiche

6. 6. 1955

zwischen Tito und Ulbricht zu ziehen, die für die Pankower Führer nicht eben schmeichelhaft sind. Und sie beginnen zu fragen, warum - wenn man das in Belgrad schon konzediere - in Deutschland kein eigener Weg gegangen würde, den die SED überdies 1946 bei ihrer Gründung selbst versprochen habe. Das ZK, das in seiner blinden Nachahmung der Sowjetunion dem Kommunismus in Deutschland ein Grab geschaufelt hat, weiß keine Antwort darauf, sondern starrt gebannt auf Österreich, wo eine Bruderpartei unsanft aus ihren Träumen gerissen und in den Abgrund gestoßen wurde.

+ + +

Wirtschaftskrise auf dem Höhepunkt

OD. Vor dem Phänomen-Werk in Bautzen stehen ein paar hundert funkelneue Autobusse, denen lediglich die Fensterscheiben fehlen. Das Werk konnte sie bis zur Verglasung fertigstellen, dann aber versagte Ulbrichts Planwirtschaft und es gab kein Glas. Durch die offenen Fenster der Wagen dringen Regen und Staub, Sonne und Wind. Ob irgendwann einmal Glas kommen wird, weiß niemand. Man weiß nur, daß die Autobusse dann neue Polster, Bezüge - möglicherweise völlig neue Inneneinrichtungen haben müssen. Die Omnibusse von Bautzen sind traurige Mahnmale der Krise, die den Pankower Zonenstaat gepackt hat und grausam durchschüttelt.

Der Materialmangel, der jetzt praktisch alle Fertigungszweige heimsucht, bringt ganze Betriebe zum Erliegen, zeitigt Kurzarbeit und Massenentlassungen. Im VEB-Waggongbau sind trotz vorangegangener Massenentlassungen noch immer 400 Arbeiter ohne Beschäftigung. Sie sitzen in Höfen und Hallen, spielen Skat oder lesen und warten darauf, daß auch sie anstatt des geringen Grundlohnes, den man heute noch zahlt, die Papiere erhalten. Das gleiche Bild im RFT Dresden, in den Textilbetrieben Sachsens, in der Posamentenindustrie des Erzgebirges, überall. Wer auf die Straße fliegt, hat keine Hoffnung, wieder in Arbeit

SFD-Pressedienst
SD/X/10

6. 6. 1955

zu kommen. Die Zonenregierung hat für alle "volkseigenen Betriebe", also fast die gesamte Industrie, eine strenge Einstellungssperre verhängt. Wie groß auf Grund dieser Entwicklung die Zahl der Arbeitslosen ist, bleibt "Staatsgeheimnis" der "Arbeiter- und Bauernrepublik", aber es läßt sich nicht verheimlichen, daß alle Betriebe durchschnittlich mindestens 10 % ihrer Belegschaften gekündigt haben, bei einzelnen Betrieben übersteigt die Kündigungszahl 30 bis 40 %.

Mit dieser Industriekrise fällt die Versorgungskrise zusammen. Nachdem die HO außer einigen Industriewaren kaum noch Lebensmittel verkauft, ist wieder jeder auf die schmalen Kartenrationen angewiesen, die auch nur zögernd geliefert werden. Die Leitung der "Staatlichen Handelsorganisation" (HO) hat, um die Bevölkerung zu trösten, den Verkauf einer "billigen" Butter angekündigt, die "nur" 9,20 M gegenüber früher 10,- M kosten soll. Wie inzwischen aus den Fertigungsbetrieben zu erfahren war, experimentiert man dort an der Herstellung durch Mischung billigster Pflanzenmargarine mit ein wenig echter Butter. Trotz des Versprechens ist die Butter noch nicht vorhanden. Selbst der Alkohol, mit dem das Regime seine gequälten Untertanen reichlich zu versorgen pflegte, verschwindet mehr und mehr aus dem Handel. Die Herstellung von Likören mit Zucker und Früchten verbot die Regierung schon im März offiziell, heute fehlen aber bereits Kartoffeln, Rüben und Korn, um einen klaren Fusel zu brennen, den man als "Wodka" zu verkaufen pflegt. Das Bier ist wieder, wie es vor Jahren war: braun und dünn, kaum noch alkoholhaltig.

In dieser Situation geht der Geist der Aufsässigkeit durch die Betriebe und Straßen. Beschäftigungslose Arbeiter in Dresdener Betrieben diskutierten offen über die Möglichkeit, einen Massenstreik zu organisieren, wobei sie sich darüber einig waren, daß der Kampf nicht wie am 17. Juni auf die Straße verlegt werden dürfe, sondern durch passive Methoden - entweder Sitzstreik oder bloßes Zuhause-Ebleiben - geführt werden müsse. In seiner Angst ist das Regime zu terroristischen Einschüchterungsmaßnahmen übergegangen. Würden früher Verhaftungen bei Nacht und Nebel, gleichsam heimlich durchgeführt, macht man heute offenbar auf höchsten Befehl eine Nachtäemonstration daraus. Bereitschaftswagen der Vopo preschen plötzlich vor, 30 bis 40 Mann fallen über ein Haus her, verhaften die Verdächtigten und durchsu-

SPD-Pressedienst
03/X/10

6. 6. 1955

nen die Räume, wobei sie ohne Rücksicht auf eventuelle Zuschauer selbst die Fußböden aufreißen. Die Häufigkeit solcher Überfälle ist ein Zeichen genug, um von vollkommen geplanten und berechneter Aktionen zu sprechen. Die Begründung, die für die meisten Durchsuchungen angegeben wird, spricht ebenfalls Bände: "Wir suchen nach Waffen!" Deutlicher könnte die Angst eines Regimes, dessen Unfähigkeit die gegenwärtige Krise heraufbeschworen hat, nicht ausgedrückt werden.

+ + +

Wechsel in der FDJ-Führung

OD. Das V. FDJ-Parlament, das in Erfurt tagte, schloß seine Beratungen mit der Abberufung Ulrich HONECKERS von seinem Posten als FDJ-Vorsitzender, den er seit neun Jahren, seit der Gründung der FDJ innegehabt hatte. Zum Abschied erhielt er einen großen Blumenstrauß und einen längeren Extrabeifall - "stürmische Ovationen, Hurrufe" vermerkte das Protokoll -, aber ein "Vaterländischer Verdienstorden" für Honecker oder für die FDJ als Ganzes blieb aus, und die Hoffnungen der FDJ-Funktionäre, die beim Ordenssegen der letzten Wochen wie mit Absicht übergangen worden waren, wurden enttäuscht. Der Beitrag der FDJ zur "Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft" war offenbar doch zu gering. Und aus diesem Grunde ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß HONECKER den Zylinder nehmen mußte und, wie es in der amtlichen Verlautbarung hieß "in Zukunft im Auftrage seiner Partei an anderer Stelle verantwortliche Arbeit leisten wird." Möglicherweise hat es auch eine Rolle gespielt, daß Honecker durch die ihm zugeschriebene antimilitärische Vergangenheit der FDJ gewissermaßen politisch vorbelastet und daher für den gegenwärtig gesteuerten scharfen militärischen Kurs nicht mehr der rechte Mann ist.

Eine Sensation ist Honeckers Abberufung also nicht: ein neuer Kurs erfordert eben - gerade in einer Jugendorganisation - eine neue "Persönlichkeit". Aber als Sensation darf man es weit eher ansehen, daß nicht ein mehr oder weniger verdienter Funktionär aus den Kreisen der FDJ, etwa Werner BELKE oder Wolfgang STEINKE, sondern ein nahezu

6. 6. 1955

SPD-Pressedienst
OD/X/10

unbekannter Mann aus der Anonymität des Apparates der S E D an die Spitze der FDJ gestellt wurde!

Karl NAMCKEL, der neue 1. Sekretär der FDJ, begann seine Parteikarriere als SED-Agitator in einer der Rostocker Werften, und bis vor kurzem noch war er Mitglied des Sekretariats der SED-Bezirksleitung Rostock. Er gilt, genau wie sein Amtsvorgänger Hohäcker, als besonderer Schützling Ulbrichts, und allein schon aus diesen Umständen ergibt sich, daß er den Bestimmungen des neuen FDJ-Statuts - "Jedes Mitglied der FDJ hat die Pflicht, für die schnelle und gründliche Durchführung der Beschlüsse der SED zu kämpfen" - mit der Gewissenhaftigkeit und dem Eifer eines Funktionärs nachkommen wird, dem die Linientreue Lebenszweck und Broterwerb geworden ist.

Erwartungsgemäß standen alle Probleme, die mit KVP und Aufrüstung irgendwie zu tun haben, im Mittelpunkt des V. FDJ-Kongresses. Bemerkenswert war allerdings, daß sich die von der SED und von der Zonenregierung entsandten Begrüßungsredner - ULBRICHT und NUSCHKE - bezüglich der "Verteidigungsbereitschaft" einige Zurückhaltung auferlegten. Es mag sein, daß dieses Kurztreten mit dem für Pankow enttäuschenden Verlauf der Warschauer Konferenz der Sowjetblockstaaten in Zusammenhang zu bringen ist. Aber richtiger ist wohl die Annahme, daß diese Zurückhaltung einer gewissen optischen Rücksichtnahme auf die eigene Taktik in der Wiedervereinigungspolitik entsprungen ist; denn sonst wäre der volksdemokratische Hurra-Patriotismus der zumeist aus dem Apparat der FDJ kommenden Delegierten unterbunden worden. Gerade er jedoch war der Tenor des FDJ-Kongresses.

+ + +

"Westdelegationen" als Provokateure

OD. Eines der beliebtesten Propagandanöver der SED ist es, in den Betrieben der Zone sogenannte "westdeutsche Arbeiterdelegationen" herumzureichen, die den mitteldeutschen Werktätigen klarmachen sollen, wie gut es ihnen doch im "Arbeiter- und Bauernstaat" (ginge,

6. 6. 1955

Während im Westen finstere Not herrsche. Neben der propagandistischen Wirkung hofft die SED dabei, in den entstehenden Diskussionen Feinde des Regimes "entlarven" zu können.

Ein solches Manöver, an dem sich ein gewisser Franz VOLK aus Mannheim beteiligte, wurde kürzlich auch in der "volkseigenen" Schiffswerft Roßlau gestartet. VOLK jammerte über die schlechte Lage der westdeutschen Arbeiter, wurde jedoch so in die Enge getrieben, daß er zugeben mußte, daß er selbst bei einer Gleichsetzung der beiden Währungen mehr verdiene, als seine Kollegen in der Zone. Die Roßlauer Arbeiter gingen aber weiter und zogen auch Vergleiche zwischen der Kaufkraft des Lohnes, den der Provokateur VOLK aus Mannheim bezieht, und dem, was sie für ihr eigenes Geld kaufen können. Kurz und gut, der "Westbesucher" mußte fluchtartig aus dem Betrieb abdampfen, den er von der SED-Propaganda überzeugen wollte.

Die Folgen für die Roßlauer Arbeiter machten sich erst Tage später bemerkbar: Die SED kam mit Flugplättern heraus, in denen sie die Arbeiter namentlich angriff, die dem sauberen Volk heimgelichtet hatten. Diese Arbeiter waren von VOLK und seiner Begleitung denunziert worden, was nun zu einem regelrechten Kesselreiben führte, wobei sich einer der betroffenen Roßlauer Arbeiter nur durch schleunigste Flucht der Verhaftung entziehen konnte. Bei den übrigen bedrohten Arbeitern trat etwas ein, womit weder die SED noch der Provokateur VOLK gerechnet hatten: Die Belegschaft erklärte sich solidarisch und verhinderte so eine Maßregelung, die von der BPC verlangt worden war.

Hier zeigte sich wieder einmal, daß die Arbeiter, wenn sie einig zusammenstehen, stärker sind als das SED-Regime. Auf der anderen Seite jedoch sollten wir im Westen uns die Figuren einmal näher ansehen, die sich als "Gäste" des SED-Staates dazu hergeben, den Agent provokateur für den SSD zu spielen und die im Widerstandskampf stehenden Zonenarbeiter zu verraten.

Verantwortlich: Stefan THOMAS